

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1924

28 (5.5.1924)

Ersteinst Montag, Mittwoch, Freitag. Bezugs-Preis: Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. andere Zusteller frei ins Haus monatlich Goldmark 1.50 freibleibend.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Beste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Wöchentliche Beilagen: Rode u. Heim • Der Kolbold • Neue Illustrierte

Nr. 28.

Montag, den 5. Mai 1924.

Anzeigen-Preise: Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 8 Goldpf.

Wahlergebnis der Reichstagswahl im Amtsbezirk Sinsheim.

Table with columns: Ort, Wahlberechtigte, Vereingigte Sozialdem., Zentrum, Bad. Landbund, Deutschdem., Komm., Unabh. soz. Partei, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, Bauerbund, Volkssoz. Block, Wirtsch. Ver. des bad. Mittelst., Bund der Geusen, Republikan. Partei.

Gesamtergebnis in Baden.

Table showing total results in Baden: Sozialdemokraten 142783 Stimmen, 2 Mandate; Zentrum 325886; Badischer Landbund 71416; etc.

Das Ergebnis im Reich.

Table showing results in the Reich: Sozialdemokraten 2234000 37 Abgeordnete; Deutschnationale 1700000 28; etc.

Weitere Ergebnisse.

Konstanz (Stadt): Ver. soz. Partei 1814, Zentr. 5351, Bad. Landb. 1784, Demokraten 1792, Kommunisten 1340, U. soz. Partei 118, D. Volkspartei 934, etc.

herb. 71, Völk.-soz. Bl. 4564, Wirtsch. Ver. d. b. Mittelst. 2548, B. d. Geusen 597, Rep. Partei 121. Buchen: Ver. soz. Partei 452, Zentr. 9023, Bad. Landb. 728, etc.

Bölk.-soz. Bl. 1414, Wirtsch. Ver. d. b. Mittelst. 301, B. d. Geusen 61, Rep. Partei 25. Wiesloch: Ver. soz. Partei 1230, Zentr. 7506, Bad. Landb. 572, Demokraten 643, etc.

Das Ergebnis in Baden.

Die Reichstagswahlen vom 4. Mai haben im allgemeinen die erwartete Verschiebung unter den Parteien gebracht: eine starke Abwanderung der Wähler sowohl nach links zu den Kommunisten, wie nach rechts zu den Deutschnationalen und Deutschvölkischen, wobei die Sozialdemokraten auf der einen und die Mittelparteien auf der anderen Seite die Verluste zu tragen haben.

Erfreulich kann man das Ergebnis der badischen Wahlen nicht nennen. Aber der große Ruck nach rechts, den viele Leute auch für Baden erwartet haben, ist nun doch nicht erfolgt. Die bisherigen Regierungsparteien im badischen Landtag haben eine Mehrheit behalten.

Wahlkonjunktur: 75 Parteienamen.

Berlin, 2. Mai. Aus der jetzt vorliegenden Zusammenstellung sämtlicher genehmigter Wahlvorschläge geht hervor, daß nicht weniger als 75 Parteienamen im gegenwärtigen Wahlkampf aufgetaucht sind.

Die „Wahlfreiheit“ der Pfalz.

Zu einer Meldung des Pariser Korrespondenten der „Köln. Volksztg.“, die sich mit den Wahlen im besetzten Gebiet beschäftigt und behauptet, Frankreich habe bisher alles getan, um die Freiheit im besetzten Gebiet vollkommen zu gewährleisten, wird das W.L.B. von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß diese Meldung den Tatsachen nicht entspricht.

obwohl beide schon vor Wochen der Rheinlandkommission vorgelegt und um ihre eilige Behandlung gebeten wurde. Die Wahlen zum bayrischen Landtag werden daher von der Besatzungsbehörde nur **geduldet und entbehren** auch nach Ansicht der Rheinlandkommission der Rechtsgrundlage. Außerdem verweigert die Besatzungsbehörde einer großen Zahl in den Gefängnissen schmachtender politischer Gefangenen die Ausübung ihres Wahlrechts mit der Begründung, in den Gefängnissen seien keine politischen Gefangenen mehr vorhanden, mit anderen Worten: Die Gefangenen aus der Zeit des passiven Widerstands und der Separatistenherrschaft werden von den Franzosen gewöhnlichen Verbrechern gleichgestellt, denen das Wahlrecht nicht zusteht. Dem Abg. Burger, Kandidat der ver. nationalen Rechte, wurde erst in letzter Stunde die Einreiseflaubnis bewilligt, so daß er vor seiner Wählerschaft nicht sprechen konnte. Der Landrat Minges aus Großschlingen, gleichfalls Kandidat der Ver. nationalen Rechte, wurde am Ostermontag ohne Begründung auf der Landstraße verhaftet und befindet sich zur Zeit im französischen Militärgefängnis in Landau.

Das ist die Wahlfreiheit in der Pfalz unter der Franzosenherrschaft!

Die völkische Anpöbelung des Katholizismus. Eine amtliche bayerische Erklärung.

München, 30. April. Die deutsch-völkische Presse richtet beinahe täglich gegen die höchsten Würdenträger der katholischen Kirche Angriffe, die an Maßlosigkeit nicht zu überbieten sind. Der politische Kampf hat gewiß auch früher schon oft unschöne Formen angenommen, aber die von deutsch-völkischer Seite beliebte Kampfmethode, die vor persönlichen Verunglimpfungen und Beleidigungen nicht Halt macht, stellt an Gehässigkeit und Geschmacklosigkeit alles bisher Dagewesene in Schatten. Wie diese immer wiederkehrenden Angriffe gegen den Papst, gegen den hiesigen apostolischen Nuntius, gegen die Kardinalen und die deutschen Bischöfe insbesondere auf die Gefühle des katholischen Teils unseres Volkes wirken und die unheilvolle Zerküftung weitertreiben müssen, liegt auf der Hand. Die Angegriffenen selbst stehen viel zu hoch, als daß sie von solchen niederen Anpöbelungen berührt werden könnten. Eine solche Art des Kampfes muß bei jedem anständig Denkenden Abscheu und Widerwillen erregen und zwar nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland. Sie ist daher in hohem Maß geeignet, Bayern und Deutschland auch im Ausland zu schädigen. Das sollten gerade diejenigen nicht vergessen, die immer überlaut behaupten, Träger der deutschen Zukunft und des deutschen Ansehens zu sein.

Die Judenhege.

Berlin, 1. Mai. Die Deutschnationalen und die Völkischen die in den Mittelpunkt ihrer Wahlagitatio die Judenhege gestellt hatten, werfen in ihren Wahlversammlungen den Juden Feigheit und militärische Unfähigkeit während des Weltkrieges vor. Eine glatte Widerlegung finden diese Behauptungen durch die Ergebnisse der Verhandlungen, die kürzlich der Unterausschuß der parlamentarischen Untersuchungskommission über dieselbe Frage geführt hat. Eine Reihe von Männern, denen selbst die Deutschnationalen Sachverständigkeit und Autorität nicht werden absprechen können gaben unter Eid Erklärungen ab, die den jüdischen Soldaten das beste Zeugnis ausstellen. So erklärte General v. Kuhl, der Generallieutenant der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht gewesen ist und Ludendorff besonders nahestand, daß die Juden an der Front wie jeder andere Deutsche ihre volle Schuldigkeit getan haben. Diese Erklärung unterstrich sehr scharf Oberstleutnant v. Stülpenagel, den 6. preußischen Division die Erfahrung gemacht hat, es sei für ihn eine besondere Freude gewesen, als unter den ersten auch einem Juden das Eiserne Kreuz verliehen wurde. Der dritte Sachverständige, Oberst Schwertfeger, der im Generalgouvernement Belgien, also in der Etappe, tätig war, spricht sich ebenfalls sehr lobend über die Juden aus. Als von deutschnationaler Seite immer dringender der Wunsch geäußert wurde, die Juden aus den Verwaltungsmä-

tern zu entfernen und an die Front einzugeben, stellte sich in den meisten Fällen heraus, daß sie auf ihrem Posten wirklich unentbehrlich waren und durch uneingearbeitete Personen nicht ersetzt werden konnten.

Der Verlauf des Maifeiertags.

Die Maifeier ist, wenn man einigen Zwischenfällen absieht, die ein Einschreiten der Polizei notwendig machten, im ganzen Reich ruhig verlaufen. Man hat die Beobachtung machen können, daß der Gedanke des Weltfeiertages wieder abzugeben beginnt, wobei vermutlich die Einsicht mitspricht, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse solche Parteifeiertage unerwünscht erscheinen lassen. Auch in den Kreisen der Arbeiterschaft scheint in diesem Jahr für eine allgemeine Feier wenig Stimmung vorhanden gewesen zu sein. Bedauerlich ist es jedenfalls, daß es in einzelnen Städten zu blutigen Zusammenstößen gekommen ist, ein Zeichen dafür, daß solche Demonstrationen nicht ganz ungefährlich sind. Politische Erfolge sind jedenfalls mit solchen Veranstaltungen kaum zu erzielen, und zwar umso weniger, da sie in weiten Kreisen lebhaften Widerspruch begegnen. Vielleicht bricht sich diese Erkenntnis immer weiter Bahn und bewirkt, daß der Maifeiertag zu einer internen Parteiangelegenheit wird, die man am besten in den Abendstunden erledigt.

Rücktritt des Kabinetts Knilling?

Berlin, 3. Mai. Mehrere Blätter melden aus München, daß das Ministerium Knilling unmittelbar nach den Landtagswahlen in der Pfalz, also nach Vorliegen des Gesamtwahlergebnisses zum bayrischen Landtag, zurücktreten werde, aber bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiterführen werde.

Vor einem deutsch-französischen Handelsabkommen.

Paris, 2. Mai. Der „Matin“ bestätigt die gestrige Meldung des Berliner Korrespondenten des „Journal“, daß Handelsminister Loucheur mit den Vorarbeiten zur Regelung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen ab 10. Januar 1925 beschäftigt ist. An dem genannten Zeitpunkt laufen bekanntlich die Bestimmungen des Versailleser Vertrages über die deutsch-französischen Handelsbeziehungen, insbesondere die Sonderregelung zugunsten von Elsass-Lothringen ab.

Die Verreichlichung der Wasserstraßen.

Berlin, 1. Mai. Entgegen verschiedenen Mitteilungen, wonach die Ueberleitung der Wasserstraßen auf das Reich nunmehr entschieden sei, ist festzustellen, daß dies nicht der Fall ist. Es sind große Schwierigkeiten zu überwinden, Preußen und Bayern verlangen nach wie vor besondere Beachtung ihrer Verhältnisse. Das Reichsverkehrsministerium ist bemüht, eine schnelle Lösung der Frage herbeizuführen. Die Organisationsfrage der Verwaltung ist bereits aus dem Entwurf des Wasserstraßengesetzes entfernt worden, um so die größten Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Das Reichsverkehrsministerium beabsichtigt, mit den Ländern einen Abschluß über die Organisationsgestaltung herbeizuführen, und ist der Meinung, die Verreichlichung auf diese Weise noch im Laufe dieses Sommers durchführen zu können. Sollte auch dieser Plan am Widerstand der einzelnen Länderregierungen scheitern, so bliebe nur eine Verfassungsänderung übrig, wodurch der ehemalige Zustand von 1920 wieder herbeigeführt werden soll. Was die Hafenfrage anbelangt, für die das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe zuständig ist, so ist damit zu rechnen, daß diese Betriebe in absehbarer Zeit in Aktiengesellschaften umgewandelt werden. In Duisburg-Saden stehen die Verhandlungen bereits vor dem Abschluß.

Ein neuer Beweis.

München, 2. Mai. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bringen folgenden Bericht aus München: In dem Hochverratsprozess gegen die sozialistische „Oberfränkische Volkszeitung“ in Hof, der am 30. April geführt wurde, hat der Schriftleiter Sümmerer zeugeneidlich bewiesen, daß Flugblätter mit dem Druckmerk „Union-Druckerei, Bera“ in der Weihnachtszeit 1915 in der Druckerei der „Oberfränkischen Volkszeitung“ nachts hinter verschlossenen Türen hergestellt worden sind. In den Flugblättern wurden die Eltern und Bräute aufgefordert, ihre Männer, Söhne und Angehörigen nicht mehr an die Front zu lassen. Die Soldaten wurden zum Streik und zur Waffenstreckung aufgefordert.

Die Zeugen bekundeten, daß sie den Inhalt der Flugblätter für ausgesprochen hochverräterisch gehalten hätten. Der von der „Oberfränkischen Volkszeitung“ verklagte Schriftleiter Sümmerer ist freigesprochen worden.

Die Vorkriegsmenge in der Kohlenförderung fast erreicht.

Berlin, 2. Mai. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts ist in fast allen in Deutschland geförderten Kohlenorten die Vorkriegsproduktion fast erreicht worden.

Die belgische Vermittlungsaktion.

Zum Besuch der belgischen Minister bei Macdonald.

London, 2. Mai. Der Brüsseler Korrespondent der „Times“ berichtet, der Besuch der belgischen Minister in London und sein Einfluß auf die internationale Lage habe gestern nachmittag das Hauptgesprächsthema in den Wandelgängen der belgischen Kammer und des belgischen Senats gebildet. Wenn auch die Minister erklärt hätten, sie kämen nicht als Vermittler zwischen Großbritannien und Frankreich zum britischen Premierminister, so sei doch die allgemeine Ansicht, daß sie in der Lage sein könnten, den französischen und britischen Standpunkt über derartige wichtige Fragen, wie die Besetzung des Ruhrgebiets, zu versöhnen. Für Belgien sei die Besetzung des Ruhrgebiets stets Mittel und nicht Zweck gewesen. Die belgischen Truppen würden nicht einen Tag länger als notwendig im Ruhrgebiet bleiben; sobald greifbare Garantien durch Deutschland gegeben worden seien, und zwar hauptsächlich Garantien materiellen Charakters, werde das augenblickliche Regime im Ruhrgebiet radikal verändert werden. Es bestehe kein Zweifel, daß Lheunis und Hymans hoffen, Macdonald zu zeigen, daß Großbritannien eine große Rolle bei der Herbeiführung der gewünschten Veränderung spielen könne. Das Problem der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, wie sie von den Sachverständigen geplant sei, werde sicher in Chequers aufgeworfen werden und die Frage der interalliierten Schulden und der geplanten deutschen auswärtigen Anleihe ebenso wie die Mitwirkung der vereinigten Staaten bei der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, die Belgien für so gut wie unumgänglich hält, würden ebenfalls erörtert werden.

Die Vorbedingung für eine Anleihe.

London, 2. Mai. „Daily Chronicle“ führt in einem „Die Belgier als Vermittler“ überschriebenen Leitartikel aus, der Besuch der belgischen Minister in Paris, London und Rom stelle einen endgültigen und sehr lobenswerten Versuch der belgischen Regierung dar, zwischen drei Hauptalliierten eine Vereinbarung über den Dawesbericht zustande zu bringen. Bei der Erwägung dessen, was angeboten werden könne, um Poincare zu befähigen, der sich vielleicht nach den französischen Wahlen etwas weniger unverföhnlich zeigen werde, dürfe man gewisse bestimmte Tatsachen nicht vergessen. Der Dawesplan könne ohne die vorgesehene internationale Anleihe nicht durchgeführt werden und das Geld für diese Anleihe werde niemals aufgebracht werden, wenn nicht die Kapitalanleger in der ganzen Welt konkrete Versicherungen erhalten, daß Frankreich seine willkürlichen Eingriffe in das deutsche Wirtschaftsleben aufgegeben hat und sie nicht wiederholen wird.

England will für die Gefangenen vorerst nichts tun.

London, 1. Mai. Vor Schluß der gestrigen Debatte im Parlament lenkte das liberale Parlamentsmitglied Harvey die Aufmerksamkeit des Ministeriums auf die Zahl deutscher Untertanen, die jetzt wegen politischer oder anderer Vergehen infolge von Urteilsprüchen alliierter Kriegsberichte im besetzten Gebiet Gefängnisstrafen zu verbüßen haben. Harvey fragte, ob für diesen Fall eine allgemeine Amnestie geplant sei und richtete an die Regierung die Aufforderung, ihren Einfluß bei Frankreich

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

62) Nachdruck verboten.

Es war grauenhaft, was sie gelitten hatte, als das ledige Pferd die Nachricht von dem schweren Unheil nach dem Forsthaus gebracht Ihre empfindsame Natur konnte nicht über den Gedanken hinauskommen, daß sie Mitschuld an Ritters Ende trage, daß sie manchmal in qualvollen Nächten den frevelhaften Wunsch gehegt hatte, frei zu sein. Es war ihr, als ob dieser Wunsch den Satten gewöhnt. Sie machte sich immer und immer wieder die bittersten Vorwürfe, daß sie durch ihr starres Festhalten an der Ehe, die doch in Wirklichkeit schon nicht mehr bestanden hatte, den Mann bis aufs Äußerste getrieben, und sie konnte nicht von dem Gedanken loskommen, daß er aus Verzweiflung über die Unlösbarkeit seiner Bande den Tod selbst herbeigeführt habe.

Alles Zureden ihrer Freunde konnte sie nicht beruhigen. Dem einzigen, der vielleicht noch Macht über sie gehabt hätte, dem Jugendfreund, ging sie geflüstert aus dem Wege. Sie konnte ihn nicht sehen. Sie sah nur die Sünde, die sie dadurch begangen, daß sie einen Mann geliebt, dem sie nicht am Altar Treue geschworen hatte.

Mag hatte mehrfach den Versuch gemacht, sich ihr zu nähern, aber seit dem Kondolenzbesuche, der in Gegenwart einer großen Anzahl fremder Menschen stattgefunden hatte, waren sie nicht wieder zusammengekommen. Jede Annäherung des Jugendfreundes hatte sie mit einer liebevollen Ablehnung beantwortet, selbst Ennas Einfluß konnte sie nicht bewegen, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten.

Mag hatte ihr dann nach langen Monaten noch einmal geschrieben, einen langen sehnüchtdurchzitterten Brief. Sie hatte ihm nur in wenig Worten geantwortet, er möge sie vergessen. Sie flehe ihn darum an, ihr das traurige Leben durch seine Wünsche nicht noch schwerer zu machen, er wisse ja, ihre Erfüllung sei unmöglich. Zwischen ihnen ständen die Sünde und der Tod.

Seitdem hatte er keinen Versuch mehr gemacht.

„Lassen Sie der Zeit ihr Recht, lieber Freund,“ riet ihm Enna, „es ist jetzt alles noch zu neu, aber je länger es dauert, desto blasser wird die Erinnerung. Die Schatten werden weichen, und allmählich wird sich ganz vorsichtig, wie ein Schneeglöckchen durch die Winterdecke, die Hoffnung in ihre Seele drängen, die Sehnsucht nach Glück, und dann ist es Zeit.“

Mag hatte der treuen Ratgeberin die Hand gedrückt und waschweigend zurückgetreten. Es konnte ja nicht so bleiben, seine Zeit mußte kommen, die junge schöne Frau würde nicht auf alles Glück verzichten wollen, sie würde die eigentümlich mystische Angst überwinden und dann . . . dann . . . Sein Herz zitterte vor süßer Hoffnung. Er sah sie vor sich, wie er sie zum letztenmale gesehen, in dem tief schwarzen Trauergewand, das sie noch schlanker, noch mädchenhafter erscheinen ließ, als sie in Wirklichkeit war, das ihr blaßes Gesicht wunderbar heraus hob. Sehnüchtig streckte er die Arme nach der Erscheinung aus und flüsterte:

„Es rinnen zwei tiefe Wasser wohl zwischen dir und mir.“

Dann schauerte er zusammen. Er dachte an die dunkle geheimnisvolle Flut des Flusses in der Bulau, wo Ritter seine ewige Ruhe gefunden hatte, wo seine heiße Leidenschaft erloschen, und wo mit ihm alles Glück versunken war.

Zum zweitenmale nun seit seiner Heimkehr war er in die Sommerferien eingetreten. Das erstemal hatte er sie wie im Traum verbracht, denn es war ja die Zeit von Ritters Tod gewesen, die Zeit leidenschaftlichen Mitgefühls mit der unglücklichen Jugendge liebten und die Zeit stiller Wünsche und geheimer, von Schmerz und Trauer verschleierter Sehnsucht.

Heute war es anders. Heute hatte er seine ganze Kraft wiedergewonnen, in diesen Ferien sollte die Entscheidung fallen. Zum letztenmale wollte er versuchen, den unheimlichen Geist, der Mollus Wasen verfinsterte, zu bannen, ihn hervorzuholen an das helle strahlende Licht der Sulsonne, zu ehrlichem Kampf, und heute hielt ihn die alte Freundin, die Gattin seines Direktors, nicht mehr zurück.

„Sie ist auf St. Dillien mit ihren Kindern, warum sollen Sie nicht auch dorthin gehen?“

Freilich, warum sollte er nicht auch dorthin gehen? Es war ein schöner Aufenthalt und wohl geeignet zur Erholung nach den langen Wochen erster Arbeit.

So stieg er eines Morgens, nichts als den leichten Sommerüberzieher auf dem Arm und den derben Stock in der Hand, das Waldgebirge hinauf. Sein Gepäck hatte er in Barr zurückgelassen, er wollte erst sehen, ob er oben ein Unterkommen fände, das Kloster war gewiß um diese Zeit reich besetzt. Langsam schritt er durch die dunklen Waldungen, tief in seine Gedanken versunken, Wie würde er sie finden? Würde sie den Mut haben, endlich dem Leben, dem Glück in die Augen zu schauen? Würde sie die Hand ergreifen, die er ihr bot, oder beharrte sie immer noch auf dem alten Wahn?

Die Buchen rauschten so geheimnisvoll in dem leichten Morgenwind, die Sonne zitterte so seltsam über das weite Land hin und um die Ruinen der Drotter Schlösser wob sich ein fahler märchenhafter Schein. Er blieb stehen.

Ein melodisches Riefeln schlug an sein Ohr. Er lauschte. Es mußte eine Quelle sein, die in der Ferne von der Höhe herabrann. Es war warm und er sehnte sich nach einem frischen Trunk, darum förderte er rüstiger seine Schritte. Der Waldpfad bog jetzt um den Rücken des Berges, und an der Biegung war ein Ausschnitt durch die Bäume geschlagen, wo die helle Sonne hereindrang.

Welch eine Aussicht!

In fast greifbarer Nähe hob sich das Felsmassiv des Dillienberges vor ihm auf, und er sah das Kloster mit seinen Mauern und Türmen in schroffer Höhe hängen, wie das Wahrzeichen einer weltüberdauernden Idee. Wenn jemals, mußte von dort sein Glück kommen. Eine unerklärliche Freude erfaßte ihn, eine zuverlässige Hoffnung, daß er nun diesen Berg hinaanzuklimmen brauchte, um das lockende Glück zu fassen, um endlich mit der Vergangenheit zu brechen und eine neue Zukunft heraufzuführen.

und Belgien zwecks Freilassung der Gefangenen geltend zu machen. Der Unterstaatssekretär des Äußern Foulonby versicherte, daß die bedauerlichen Umstände dauernd die Aufmerksamkeit der Regierung beschäftigen. Die von den Rheinländern eingelegten Proteste, sowie die von der englischen Regierung unternommene Aktion in der Pfalz seien dem Hause wohl bekannt. Das Ruhrunternehmen sei ein Abenteuer, an dem England nicht teilgenommen habe, und die von den französischen und belgischen Besatzungsbehörden dort verfügten Einkerkierungen seien von der englischen Regierung nicht zum Gegenstand amtlicher Vorstellungen gemacht worden. Die Regierung habe in dessen die Frage keinen Augenblick aus dem Auge gelassen und sei bereit, allen Einfluß, den sie besitze, für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse im besetzten Gebiet anzuwenden. In dieser Zeit, wo man die Regelung größerer Fragen erhoffe, fühle er sich nicht berechtigt, dieses Sonderproblem eingehend zu behandeln. Die Zeit sei für eine solche Erörterung nicht geeignet.

England gibt Poincare nach.

Die Ruhrbesetzung wird nicht aufgehoben.
London, 3. Mai. Das amtliche Reutersbüro erklärt, daß die Besprechungen in Cherquer zwischen den belgischen Ministern und Mac Donald örtlichseits als geheim behandelt werden. Es werde angenommen, daß sie sich lediglich auf die Ausföhrung des Dawesberichtes beziehen. Der allgemeine Eindruck der verantwortlichen Kreise geht dahin, daß es nicht schwierig sein werde, eine Uebereinstimmung unter den Alliierten in der Sache der französischen Besetzung des Ruhrgebiets zu erzielen. Es scheint, daß die französische Regierung vor allem über die Frage der Rheinlandbahnen besorgt ist, da ihre Auffassung sei, die französischen Truppen im Ruhrgebiet dürften nicht ausschließlich von einem durch Deutsche ausgeführten Eisenbahndienst abhängig werden.

Aus diesem amtlichen Bericht geht hervor, daß England mit dem Verbleiben der französischen Truppen einverstanden ist, und daß der Streit nur noch um die Rgiebahnen geht.

Poincare will die Bahnen nicht herausgeben.

London, 3. Mai. „Daily Telegraph“ berichtet, in den politischen Kreisen in Brüssel sehe man die Hauptschwierigkeit in dem Versuch Poincares, die französisch-belgische Eisenbahnregie in abgeänderter Form aufrecht zu erhalten unter dem Vorwand, ihre Aufrechterhaltung in diesem Umfange für die Sicherheit der Besatzungstruppen unumgänglich notwendig sei. Nach der französischen Ansicht müsse der Verkehr gewisser Hauptlinien gesichert werden, von denen die Besatzungstruppen beiderseits des Rheins für ihre Verbindungen und für ihre Versorgung abhängen. Es könne sein, daß die belgischen Minister eine Kompromißformel fänden.

Die Kleine Entente gegen Deutschland.

Rom, 2. Mai. Der Staatspräsident der Tschechoslowakei, Masaryk, betonte gegenüber einem Mitarbeiter der „Tribuna“, daß die Kleine Entente militärisch gegen Deutschlands Drang nach Osten und gegen die Orientierung Berlin-Bagdad gerichtet sei. Daraus erklärte sich die Sympathie Frankreichs für die Kleine Entente. Die Tschechoslowakei habe sich bisher Italien gegenüber zurückgehalten, weil in Italien sowohl vor wie nach dem Weltkrieg, aber auch während desselben vielfach deutschfreundliche Strömungen vorhanden gewesen seien. Der Aufenthalt des Ministers des Äußern Dr. Benesch in Rom gelte finanziellen und wirtschaftlichen Unterhandlungen, aber politische Betrachtungen seien ebenfalls nicht ausgeschlossen.

Der Krieg der Zukunft.

„Noch fürchterlicher als der letzte Krieg.“

Haag, 1. Mai. In der Ersten Kammer erklärte gestern Ministerpräsident Ruys de Beerenbrouck in Erwiderung auf einige Bemerkungen über die Frage der Landesverteidigung, der chemische Krieg der Zukunft werde noch fürchterlicher sein als der letzte Krieg. Die Verantwortung der Staatsmänner sei dadurch noch schwerer geworden, es wäre jedoch falsch, die Waffen fortzuwerfen, weil sie fürchtbarer geworden wären, erst eine internationale Verständigung könne zu diesem Ziele führen.

Ein Abrüstungsvorschlag in Dänemark.

Berlin, 2. Mai. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Kopenhagen wird die sozialistische Regierung von Dänemark zum Herbst im Reichstag einen Abrüstungsvorschlag vorlegen, demzufolge die militärischen Ausgaben von 50 Millionen auf jährlich acht Millionen herabgesetzt werden. Die Annahme dieser Abrüstungsvorlage bedingt den Wegfall der allgemeinen Wehrpflicht. Die Flotte soll auf neun Schiffe beschränkt werden, von denen vier der Fischereikonzeptionen, vier der Küstenverteidigung und eines maritimen Messungen dienen soll.

Deutsch-polnischer Notenwechsel.

Berlin, 2. Mai. Die polnische Regierung hat in der polnischen Presse Mitteilungen über eine Note verbreitet, die sie anlässlich der Verhaftungen ehemaliger Aufständischer in Deutsch-Oberschlesien durch ihre Gesandtschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt hat überreichen lassen. In dieser Note war unter anderem gesagt, daß die Verhaftungen eine begriffliche Erregung unter der Bevölkerung in Oberschlesien hervorgerufen hätten und daß sie nicht zu friedlichen Beziehungen zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung beitragen könnten. Auf diese Äußerungen, die offensichtlich lediglich den Zweck verfolgten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung von den inzwischen in Polnisch-Oberschlesien vorgenommenen Verhaftungen Deutscher abzulenken, hat das Auswärtige Amt der polnischen Regierung in einer Antwortnote sofort entgegengehalten,

daß es sich bei den Verhafteten in Deutsch-Oberschlesien um Reichsangehörige handelt, die einer ausländischen, nachgewiesenermaßen auf eine Loslösung deutscher Gebietsteile hinarbeitenden Geheimorganisation als Mitglieder angehören, daß es im übrigen ausschließlich dem terroristischen Treiben der polnischen Insurgentenverbände zu verdanken ist, wenn sich die dringend erwünschte Beruhigung in beiden Teilen des ehemaligen Abstimmungsgebiets immer noch nicht einstellen will. Inzwischen haben die Bedrohungen der deutschen Bevölkerung in Polnisch-Oberschlesien Formen angenommen, die das Schlimmste befürchten lassen, zumal der polnische Sejm am 4. April einem Dringlichkeitsantrag zugestimmt hat, der die Regierung auffordert, als Vergeltung für die in Deutsch-Oberschlesien vorgenommenen Verhaftungen die in der Wojewodschaft Schlesien ansässigen Reichsdeutsche auszuweisen. Die Reichsregierung hat sich insolge dessen veranlaßt gesehen, in einer weiteren Note die am 25. April in Warschau übergeben wurde mit Nachdruck auf die außerordentlich ernstlichen Folgen hinzuweisen, die ein Andauern der bedrohlichen Lage, wie sie sich für die Deutschen in Polnisch-Oberschlesien herausgebildet hat, notwendigerweise für die Beziehungen beider Länder mit sich bringen muß, und im übrigen der Erwartung Ausdruck verleihen, daß sich die polnische Regierung auch ihrerseits zu der Auffassung bekennen wird, daß für sie kein Anlaß zu Vergeltungsmaßnahmen vorhanden ist, wenn Deutschland gegenüber seinen eigenen Staatsangehörigen von den Machtmitteln des Staates Gebrauch macht.

Am Dänemarks Außenpolitik.

Kopenhagen, 30. April. Ein nicht genannter (wahrscheinlich französischer) Diplomat hat gegenüber einem dänischen Zeitungsbureau die Äußerung getan, alle ausländischen Diplomaten in Kopenhagen seien sich darüber einig gewesen, daß dem Ministerium Neergaard, das soeben zurückgetreten ist, alles Interesse zur Außenpolitik gefehlt habe. Die konservative „Nationaltidende“ bemerkt dazu, der strenge Spruch sei leider nicht ungerecht zu nennen. Die Zeitung vermißt am Kabinett Neergaard alle ersten Schritte, um im Anschluß an die nationale Gesühlsstelle, die es im Jahre der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark emportrug, die außenpolitische Neueinstellung zu schaffen, die es der Nation schuldig gewesen sei. In einem Europa, dessen augenblicklicher normeller Frieden nur eine kurze Stille vor dem nächsten Sturm sei, habe die Regierung das dänische Heer verkleinert. Der Diplomat und das konservative Blatt sind unzufrieden damit, daß Dänemark nicht rein französische Politik treibt. Anders kann man die beiden Äußerungen nicht gut deuten. Und doch hat Dänemark bei jeder erdenklichen Gelegenheit seine an sich begriffliche Erkenntlichkeit für den Wiedergewinn Nordschleswigs gegenüber Frankreich in der eindringlichsten Weise bekundet und hat es um dessen willen veräußert, den Versuch zu machen, sich mit Deutschland in der schleswigschen Frage ein für allemal auseinanderzusetzen und zu verständigen.

Die außenpolitische Aufgabe Staunings und seines Außenministers, des Grafen Moltke, wird darin bestehen, das wirkliche nationale Interesse Dänemarks zu erkennen und dem entsprechend zu handeln. Weist dieses Interesse auf eine Abenteuerpolitik im Schlepptau Frankreichs oder auch nur auf eine Politik hin, die das Land der Gefahr aussetzt, in die Abhängigkeit von Frankreich zu geraten? Von dem Frankreich, dessen Lun in ruhigen Stunden die meisten klardenkenden Dänen als mindestens unklug bezeichnen müssen und bezeichnen? Oder erfordert das nationale dänische Interesse den Versuch einer Verständigung mit dem Nachbar im Süden, einer Verständigung, die beiden Teilen gerecht werden will? Ist es nicht die nächstliegende Aufgabe, im Grenzgebiet hüben und drüber der Grenze eine Entspannung herbeizuföhren durch Verhandlungen und Abmachungen? Lassen nicht auch besonders die wirtschaftlichen Interessen beider Länder eine politische Verständigung unbedingt erwünscht erscheinen? Eine „Orientierung Frankreichs nach Süden“, wie jener oben genannte Diplomat sie von einem sozialistischen Staatsminister und von einem Außenminister wie dem Grafen Moltke mit Sicherheit erwarten zu müssen glaubt, kommt gewiß nicht in Frage, nur ein Beseltigen der Quellen der Verbitterung, der Gehässigkeit und der Verhegung. Weder Stauning noch Moltke werden je eine andere als rein dänische Politik treiben. Die dänische Sozialdemokratie hat früher manchesmal die chawinistische dänische Agitation südlich der Grenze verurteilt. J. P. Nielsen ist im dänischen Reichstage öfters gegen die Wühlarbeit der deutschgeschriebenen Dänenpresse in Mittel-schleswig aufgetreten. Es wird sich bald zeigen, ob der neue Staatsminister den festen Willen besitzt, in diesem selben Geiste zu wirken; und der als Diplomat bewährte Graf Moltke wird den Beweis dafür zu erbringen haben, ob er als Außenminister Dänemark einen Weg führen kann, der dem Lande unter Wahrung seiner berechtigten nationalen Ansprüche die Anknüpfung ungetrübter Beziehungen zu Deutschland ermöglicht.

Baden.

Der Schulabbau in Baden.

Auf dem Gebiet des Schulabbaues wurden bisher in der Hauptsache folgende Maßnahmen durchgeführt: Verheiratete Lehrerinnen und alle über 60 Jahre alten Lehrkräfte wurden in den Ruhestand versetzt. Die Pflichtstundenzahl der Lehrer wurde neu geregelt und zwar für die akademisch gebildeten auf 24, für Lehrer und Lehrerinnen auf 26 und für Volksschullehrer auf 32 Unterrichtsstunden in der Woche. Letztere können jedoch bei einer geringeren wöchentlichen Stundenzahl nebenamtlich zu anderweitiger Unterrichtserteilung herangezogen werden. Der Abbau umfaßt bis jetzt rund 8 Prozent der gesamten Lehrerschaft in Baden und erstreckt sich vor allem auf das städtische Schulwesen. Das Mitwirkungsrecht der Städte bei Stellenbesetzungen ist für die Dauer des Abbaues aufgehoben. Das Ermächtigungsgesetz gibt dem Ministerium das Recht, fest angestellte Lehrkräfte aus den Städten auf das Land zu versetzen, dessen Halbtageschule etwa 70 Schüler

auf den Lehrer rechnet. Für die Berechnung des Löhnausgleiches zwischen Staat und Stadt wird die Zahl der Lehrkräfte, für die die Staatskasse aufkommt, nach der Durchschnittszahl von 55 Schülern auf einen Lehrer festgesetzt.

Der Beamtenabbau in Baden.

Auf 1. April sind an Beamten und Angestellten in Baden abgebaut worden: Staatsministerium 33 Prozent, Finanzministerium 24 Prozent, Ministerium des Innern 21,5 Prozent, Justizministerium 15 Prozent, Ministerium des Kultus und Unterrichts 7 Prozent, Arbeitsministerium 17 Prozent, Rechnungshof 14 Prozent.

Aus Nah und Fern.

*** Sinsheim, 4. Mai. (Demokratische Partei.)** Die von der Deutschen demokratischen Partei am Samstag Abend einberufene Versammlung war außerordentlich stark besucht. Es galt einen letzten Appell an die Vernunft des Volkes zu richten und auf die ungeheure Bedeutung des Wahltags nochmals ausdrücklich hinzuweisen. Der Redner des Abends, Herr Landtagsabg. Weinheim, stellte eingangs seiner Ausführungen den Wählern die schwere Verantwortung vor, die sie durch die heutige Wahl auf sich zu nehmen hätten. Die Wähler sollen sich nicht täuschen lassen durch die Oppositionsparteien, die an allem herumdrögelten. Er sei nicht für viele Versprechungen, sondern stelle sich auf den Boden der Tatsachen. Sein Kampf gelte nicht den anderen Parteien, sondern den Wirtschaftsgruppen, die in Zeiten höchster Not nur materielle Vorteile für sich herauschlagen wollten. Wenn wir ein politisch geschultes Volk wären, so würden wir den Versailles Vertrag und die Reparationen in den Vordergrund stellen. In überzeugungsvollen Worten verteidigt dann der Redner die Politik der bisherigen Regierung, die nichts anderes habe tun können, als Erfüllungspolitik zu treiben, die nun auch von den ehemaligen Gegnern derselben aufgenommen worden ist. Er verspreche gar nichts, sondern müsse sagen, daß wir in Zukunft noch weit mehr Steuern bezahlen müßten. Aufgabe des kommenden Reichstages müsse es sein, einen Steuerverteilungsschlüssel zu finden, um diese Steuern gerecht zu verteilen. Ausgaben und Einnahmen müßten wieder ins Gleichgewicht gebracht und eine Steuerpolitik nach den Grundzügen der Staatsnotwendigkeit getrieben werden. Der Staat müsse endlich aufhören alles regeln zu wollen und das Volk dürfe vom Staat nicht alles beanspruchen wollen. Hinsichtlich der Aufwertung dürfe man nicht zu viel erwarten, weil der Staat gar keine Mittel dazu besitze. Er glaube, daß nach den Wahlen der Reichstag Wichtigeres zu tun hätte und diese Frage und viele andere, vorerst nicht zur Sprache kämen. Wichtiger sei, die Festigkeit der Rentenmark zu erhalten. Unsere Währung gleiche einer schwachen Pflanze, die sorgsam gepflegt werden müsse, wir seien auf eine aktive Handelsbilanz angewiesen und müßten dafür sorgen, daß wir vom Ausland billigeres Geld für unsere Wirtschaft bekämen. Es sei deshalb ein Wahnsinn, eine Politik zu treiben, die sich nicht auf Verständigung stütze. Wir sollten nicht auf Hilfe des Auslandes rechnen. England unterstütze uns vielleicht in der Rhein- und Ruhrfrage gegen Frankreich, um dieses nicht zu mächtig werden zu lassen, nicht aber mit Geld. Es habe, da Deutschland durch seine Verelendung nicht mehr als Abfallgebiete in Frage käme, sich in Kleinasien, Südamerika und Südafrika Abfallgebiete erschlossen. Frankreich habe über 150 Goldmillarden Schulden und wäre auf unsere Reparationen angewiesen. Wir könnten nur auf Befreiung hoffen, wenn Deutschland von Männern geführt wird, die sich keinen Illusionen hingeben. Wir müssen den Weg der Pflichterfüllung gehen und können vorerst nur die Faust im Sack ballen. Es sei lächerlich, mit Waffenmacht zu prahlen zurzeit unserer Ohnmacht. Nur wenn Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleiben, kann unser Wiederaufstieg beginnen. Alle Revolutionen haben bisher ihren Weg durch die Anarchie genommen. Bei uns kostete sie bisher wenig Opfer. Wenn aber die Anarchie kommen sollte, würden die Opfer schwerer denn je werden. Darum sei nachdrücklich vor freiwilligem Verlassen des Weges der Demokratie gewarnt. Es sei bisher gelungen, durch eine demokratische Verfassung die Revolution aufzufangen und wenn dies auch fernerhin gelingt, dann stünde es gut um uns, denn wir haben auch die Verantwortung für die kommende Generation zu tragen. Stürmischer Beifall begleitete die vortrefflichen Ausführungen dieses geschätzten Realpolitikers. In der nun folgenden Aussprache wurde von deutschnationaler Seite versucht, die demokratische Politik in einer Reihe von Punkten zu widerlegen, die wir aus der deutschnationalen Presse und ihren Flugblättern kennen und die mehr auf Gefühlsmomenten beruhen. Seine Einwände wurden aber durch die Herren Freudenberg und Direktor Fischer so gründlich widerlegt, daß sie wohl kaum noch einen Eindruck bei den Zuhörern hinterlassen haben. Die Deutschdemokratische Partei darf den Wahlen jedenfalls mit Zuversicht entgegengehen. — Inzwischen hat sich unsere Hoffnung erfüllt. In hiesiger Stadt haben die Demokraten nicht nur ihre Stimmzahl erhalten, sondern sogar um 30 Stimmen vermehrt.

*** Sinsheim, 3. Mai. (Freimachung der Postpakete.)** Die Paketfreigebühren sind vom 1. Mai an nicht mehr in bar, sondern wieder wie früher durch Freimarken auf den Paketkarten zu verrechnen. Für die Selbstbehebung verbleibt es bei dem bisherigen Verfahren.

*** Sinsheim, 3. Mai. (Die Prägung von Silbermünzen.)** Während die Prägung von Ein- und Dreimarkstücken einen guten Fortschritt macht, will das Reichsfinanzministerium neuerdings von der Herausgabe der Zweimarkstücke bis auf weiteres absehen, da ein Bedürfnis nach Zweimarkstücken nicht vorliegt. Bereits jetzt schon gelangen täglich mehrere Millionen Silbergeld in den Verkehr. Man hofft die Herausgabe des Silbergeldes auf der breitesten Grundlage vornehmen zu können.

*** Sinsheim, 4. Mai. (Der neue Fahrplan.)** Am Sonntag vorzubeugen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Tag der Einführung des neuen Fahrplans der Reichsbahn wie im Vorjahre erst der erste Juni in Aussicht genommen ist. Zur Einführung des Sommerfahrplans wie in früheren Jahren schon im Mai hat man sich noch nicht entschließen können. Mit einigen Zugvermehrungen für den Ausflugs- und Bäderverkehr dürfte aber schon im Monat Mai zu rechnen sein.

*** Sinsheim, 3. Mai. (Erhängt.)** Der Pflegerling Braun in der hiesigen Kreis-Pflegeanstalt setzte seinem Leben gestern durch Erhängen ein freiwilliges Ziel.

*** Sinsheim, 4. Mai. (Realschule.)** Gestern fanden die Aufnahmen der Schüler für das neue Schuljahr statt. In Sexta traten 50, in Untersekunda 8 neue Schüler ein. Die Obersekunda besuchen 10 Schüler. Zwei Parallel-Abteilungen müssen eingerichtet werden, sodaß die Schule 9 Klassen besitzt. Die Gesamtzahl der Schüler beträgt 235.

**** Neckarhöfshaus, 2. Mai. (Die Nebenbahn)** führt eine wesentliche Fahrplanverbesserung ein: sie wird ab 5. Mai den Sonntagsverkehr auf ihrer Strecke eröffnen. Außerdem verkehrt von da ab ein weiterer Zug im Anschluß an den wiedereröffneten Reichsbahnzug 8.48 vormittags, sodaß vom 5. Mai ab auf der Nebenbahn täglich 3 Züge nach jeder Richtung verkehren.

Neckarhöfshaus, 3. Mai. (Gedenktafel.) Die Inschrift der Gedenktafel für Adolf Schmittthener die am Pfarrhaus angebracht wird, wird lauten: In diesem Hause wurde 1854 geboren und wirkte 1883-93 als Stadtpfarrer der Dichter Adolf Schmittthener. Man hofft die Einweihung der Tafel auf seinen 70. Geburtstag hin bewirken zu können. — Die Verkehrsverhältnisse sind besser geworden. Es verkehren jetzt doch auch untertags auf

der Haupt- und Nebenbahn wieder je ein Zugpaar, dessen Ausfall sehr bemängelt wurde.

Helmstadt, 2. Mai. (Landw. Genossenschaft.) Vor einigen Tagen fand hier unter dem Vorsitz des Gutsbesizers Kling eine von 200 Landwirten besuchte Versammlung des dem Verband landw. Genossenschaften angeschlossenen landw. Lagerhauses Helmstadt statt, in welcher Verbandssteuerhdyikus Trenklein in zweifelhafte, lehrreichem und interessantem Vortrag die Steuerfragen der Landwirtschaft behandelt.

Epsenbach, 1. Mai. (Verschiedenes.) Mit großer Dankbarkeit wird der Zug begrüßt, der nach 8 Uhr morgens aus unserm Nachbarort Neidenstein nach Heidelberg fährt. Wer während des Winters am Vormittag in Heidelberg zu tun hatte, mußte vor 5 Uhr morgens den Ort verlassen, weil der einzige Zug morgens 6 Uhr fuhr, und dann mußte man in Heidelberg stundenlang warten, bis die Geschäfte erledigt werden konnten. Merkwürdig ist, daß man uns erst jetzt den Achtuhrzug wiedergibt, denn im Sommer ist das frühe Fortgehen weniger schädlich als im Winter. Zumal Kranke, die schnell ins Spital mußten, haben schrecklich gelitten unter diesen Zugverhältnissen. — Die schlechte Witterung der letzten Wochen weckt in vielen Herzen bange Sorgen. Erstens ist der Landmann an der Aussaat verhindert, zweitens muß man fürchten, daß die Kartoffeln im Boden durch die Nässe verfaulen vor dem Keimen. Auch die Winterfrucht hat während des Winters sehr gelitten. Man sucht Leute, die den mit Winterfrucht bepflanzten Acker teilweise umhacken müssen, weil keine Frucht wächst. Die Lasten werden größer, der Ertrag der Felder wird geringer.

Bad Rappenau, 2. Mai. (Verschiedenes.) Kostenoberinspektor Wilhelm Hofmann (Sohn des Privatiers Peter Hofmann hier) seither beim Landgericht Waldshut wurde unter Ernennung zum Ministerialoberrechnungsrat zum Justizministerium nach Karlsruhe versetzt. — In die hiesige Volksschule wurden 16 Kinder aufgenommen, 12 Mädchen und 4 Knaben.

Sttlingen, 3. Mai. (Verschiedenes.) Vom letzten Umwetter her liegt noch ein Teil des Wiesentales im Schlamm, sodas ein Grasertragnis nicht erwartet werden kann. Vor einigen Tagen tobte abermals ein Umwetter über der hiesigen Gemarkung. Sieben elektrische Masten wurden umgerissen, sodas die Beleuchtung unterbrochen wurde, die dank rascher Arbeit nach eintägiger Störung wieder funktionierte. — Gestern wurde hier durch den Vertreter der bad. Landwirtschaftskammer, Herrn Wellendorf, die Körung von etwa 15 Ziegen und 14 Ziegen- und Bocklammern vorgenommen. Es waren nur die mit Stammbuchausweis versehenen Tiere der weißen, hornlosen Saanenrasse zugelassen. Das Material war durchweg schön. In Anerkennungen der guten Leistungen wurde unser Verein vor zwei Jahren in die deutsche Zuchtgenossenschaft aufgenommen. Am 4. Juni wird beim Ziegenmarkt des Kreises Heidelberg in Sinsheim Gelegenheit zum Erwerb guten Zuchtmaterials geboten sein.

Wiesloch, 1. Mai. (Kurbrunnen.) Von dem ungefähr eine halbe Stunde entfernt gelegenen Kurbrunnen wird nun wieder, wie in der Vorkriegszeit, Schwefelwasser hier zum Verkauf angeboten.

Wiesloch, 1. Mai. (Brand.) In St. Leon sind die Dekonomiegebäude und Scheunen des Gärtners Klevene und des Arbeiters Gottselig ein Raub der Flammen geworden. Auch wurden große Vorräte an Heu, Stroh und Holz vernichtet. Die Wohnhäuser wurden schwer beschädigt. Ueber die Brandursache ist nichts bekannt.

Waldorf (b. Wiesloch), 1. Mai. (Unglücksfall.) Als ein 10jähriger Knabe namens Heinrich Freund einen Hund an der Leine führte, rannte dieser plötzlich davon und der Knabe wurde unter einen Lastkraftwagen gerissen, überfahren und verletzt.

Schwellingen, 3. Mai. (Vom Spargelmarkt.) Infolge des kühlen, regnerischen Wetters ließen die Zufuhren auf dem Spargelmarkt etwas nach. Die Preise halten sich infolgedessen. Es wird immer noch 1 Mk. für das Pfund verlangt.

Mannheim, 2. Mai. (29405 Personen ohne Einkommen.) Nach den Feststellungen des Arbeitsamtes Mannheim, öffentlicher Arbeitsnachweis für den Amtsbezirk Mannheim, betrug am 22. April 1924 die Zahl der Vollerwerbslosen 10836 (5886 männliche und 2250 weibliche). Von der Aussperrung in der Metallindustrie sind 18569 Arbeitnehmer betroffen.

Neunkirchen, Amt Mosbach, 2. Mai. (Sportplatz.) Durch die freundliche Unterstützung des Herrn Forstmeisters Steidel und durch das Zutvorkommen des Gesamtgemeinderats Neunkirchen hat der Sportverein „Sportfreunde Neunkirchen“ einen Sportplatz beim Prinz Ludwigsstein erhalten. Die Spieler sind eben an der Arbeit den Platz herzurichten, sodas in ca. 3 Wochen der Platz in Betrieb genommen werden kann. Ein Fortschritt ist es für den jungen Verein, der sicherlich nun viel für die körperliche Ertüchtigung der Jugend tun kann.

Karlsruhe, 1. Mai. (Spionage.) Der Litograph Emil Haas aus Schuttern bei Lahr erhielt wegen Spionage vom Strafensatz des Oberlandesgerichts 4 1/2 Jahre Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust.

Elzach, 3. Mai. (Leichtsin.) Eine vor kurzer Zeit hier an der Grippe erkrankte noch nicht völlig genesene Frau ließ sich zum Tanze verleiten. Sie sank während des Tanzes plötzlich zu Boden und mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo sie schwer krank darniederliegt.

Kadolfzell, 2. Mai. (Unterföhlung.) Wegen Verdachts der Unterföhlung von ausländischen Briefsendungen wurde laut Konstanzer Zeitung ein hiesiger Postschaffner verhaftet und ins hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

München, 2. Mai. (Eisenbahnattentat.) Nachdem das vorläufige Eisenbahnattentat bei Kalltenbrunn in Bayern trotz hoher Belohnung noch nicht aufgeklärt werden konnte, ist ein neuer Anschlag in Trostberg (Bayern) verübt worden. Nur der Geistesgegenwart des Lokomotivführers ist es zu verdanken, daß ein größliches Unglück verhütet wurde. An der Stelle, wo der Zug ganz nahe an der Mz entlang fährt, hatte jemand eine Winkelflasche auf das Geleise gelegt. Im letzten Moment bemerkte der Lokomotiv-

föhrer das Hindernis, nachdem die Maschine fast schon aus dem Geleise gehoben war. Dadurch wurde verhütet, daß der vollbesetzte Zug in die hochgehende Mz gestürzt wäre. Man glaubt, daß die Attentäter etwa 12 jährige Buben sind.

Umwälzende Erfindung in der optischen Industrie? Newyork, 30. April. Wie die „B. Z.“ meldet, ist in den Lynn-Werken ein neuer lichtdurchlässiger Stoff ausgestellt, der Glas an Transparenz weit übertrifft. Nach den Ankündigungen wird optische und technische Wissenschaft revolutioniert werden. Der neue Stoff, der als eine Art klaren, geschmolzenen Quarz bezeichnet wird, besitzt eine Lichtdurchlässigkeit von 99 Prozent gegenüber 65 Prozent der besten optischen Gläser, Der Entdecker ist Eduard Berry, der zweite Direktor der Lynn-Werke. Der Stoff ist aus besten Kristallen gewonnen, die in besonderen elektrischen Oefen unter hohem Druck geschmolzen wurden. Der Herstellungsprozeß dauert nur 80 Minuten. Es können alle beliebigen Qualitäten hergestellt werden.

Table with financial data: Neueste amtliche Kurse vom 2. Mai 1924. Includes sections for Anleihen, Bankaktien, Bergwerks-Aktien, Aktien industri. Unternehmungen, and Devisen.

Advertisement for Elsa Faul, Heidelberg, offering services and products. Text: "Es lohnt sich bei Bedarf meine Leistungsfähigkeit zu prüfen. Elsa Faul, Heidelberg, Sofienstraße 13. Specialhaus f. Damenhüte. Eigene Fabrikation."

Stammholz-Versteigerung. Die Gemeinde Rohrbach versteigert am Dienstag, den 6. Mai, nachmittags 1/21 Uhr im hiesigen Gemeindevald 25 St. Eichen III. und IV. Klasse gegen Barzahlung. Zusammenkunft beim Rathaus. Rohrbach b. Sinsch., den 1. Mai 1924. Bürgermeisteramt: Holdermann Bgstr. Werrer Ratshyr.

Wimpfen. Nugholzverkauf. Dienstag, den 13. Mai und Mittwoch, den 14. Mai 1924, je vormittags 9 Uhr anfangend, kommen im Forstwald bei Untergimpfen, Distrikt: Hohenbuche, Dachsbau, Kahlhütte, Eichenbaum und Totenweg mit Vorkaufsfrist bis 1. September 1924 zur Versteigerung: 8 Eichenstämme I. Kl. = 17,90 Ftm. 25 Eichenstämme II. Kl. = 37,94 Ftm. 30 Eichenstämme III. Kl. = 28,74 Ftm. 72 Eichenstämme IV. — VI. Kl. = 29,71 Ftm. 25 Buchstämme II. — IV. Kl. = 17,86 Ftm. 21 Eib., Eiche-, Hainbuche- und Ulme-Stämme = 11,29 Ftm. 246 Nadelstämme Va und b Kl. = 59 Ftm. 125 Nadel-, Verb- und Reisstangen = 5,50 Ftm. 8 Km. eiche Nughsteiter 16 Km. buche und heim. Nughsteiter. Das Laubholz kommt am 1. Tage, das Nadelholz am 2. Tage zur Versteigerung. Auszüge sind bei Förster Schück in Helmhof zu bestellen. Zusammenkunft an beiden Tagen im Forsthaus. Wimpfen, den 30. April 1924. Hessische Bürgermeisterei Wimpfen: Sailer.

Solbad Rappenau geöffnet vom 1. Mai bis Ende Oktober. Das Bad ist vorläufig geöffnet: Werktags von 1—6 Uhr nachmittags. Sonntags von vormittags 8 bis 4 Uhr nachmittags. Frachtbriefe empfiehlt die Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei.

Grosse Kreichgau Gewerbe-Ausstellung Bruchsal 9.-15. Juni 1924. Includes an image of a building.

Zirka 400 Etr. guter Most zu verkaufen. Zu erfragen unter Nr. 437 beim Landboten. Haushälterin Gesucht. Suche Mädchen oder Witwe von 25 bis 45 Jahren, welche auch in kleinem landwirtschaftlichen Betrieb tätig sein kann. Spätere Heirat nicht ausgeschlossen. Angebote unter Nr. 434 an den Landboten erbeten.

Druckarbeiten jeglicher Art für Gewerbe, Handel und Behörden in sauberster Ausführung liefert in kürzester Zeit und zu mäßigen Preisen G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim beim Bahnhof.

Geschäftseröffnung und Empfehlung. Wir gestatten uns, hiermit einer verehrl. Einwohnerschaft die ergebene Mitteilung zu machen, daß wir mit dem heutigen Tage ein Spezialgeschäft in Möbel wie komplette Wohnungseinrichtungen von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung Hauptstraße 165 eröffnet haben. Das Unternehmen stützt sich auf zwei Spezialbetriebe und wird fachmännisch geleitet. Wir sind in der Lage, Qualitätsware zu zeitgemäßen Preisen bei reeller Bedienung zu liefern. Die Betriebe sind mit allen Neuerungen eingerichtet und in der angenehmen Lage, alle Möbel nach gegebenen Zeichnungen auf Wunsch anzufertigen. Besichtigung der Ausstellungsräume ist ohne Kaufzwang gestattet. Der Versand nach auswärts erfolgt franko. Vereinigte Möbel-Fabriken G. m. b. H. Heidelberg.

Rohwolle wird reell und billig bei sofortiger Abgabe und Lieferung der Fertigware getauscht gegen: Streichgarn, Kammgarn, Herren- u. Damenstoffe, Sweater, Westen, Jacken usw. Wolmagazin P. Stahl, Heilbronn Turmstr. 14. Tel. 728. Muster gegen Einsendung von Porto! Includes an image of a sheep.